



16

An den Präsidenten  
der Wirtschaftskammer Kärnten  
Europaplatz 1  
9020 Klagenfurt

Klagenfurt, 03. November 2025

## **A n t r a g**

zum Wirtschaftsparlament am 25. November 2025  
des Österreichischen Wirtschaftsbundes, Landesgruppe Kärnten

### **Erweiterung der Betrugsbekämpfung und Reform der Entgeltfortzahlung im Krankenstand**

1. Sozialleistungsbetrug belastet die Wirtschaft unmittelbar, untergräbt das Vertrauen in die soziale Gerechtigkeit und schwächt die Solidarität in unserer Gesellschaft. 2024 wurden 4.865 Fälle von Sozialleistungsbetrug angezeigt - der bisherige Höchststand. Seit Bildung der Task Force Sozialleistungsbetrug im Bundeskriminalamt 2018 wurde ein Gesamtschaden von rund 135,6 Mio Euro dokumentiert.

Krankenstand verursacht jährlich Milliardenschäden: 2023 wurden direkte Kosten von 5,8 Mrd. Euro (davon 4,6 Mrd. Euro Entgeltfortzahlungen) und Wertschöpfungsverluste von bis zu 8,5 Mrd. Euro verzeichnet. 2024 gingen 4,1% des gesamten Arbeitsvolumens durch Krankenstände verloren, durchschnittlich 15,1 Kalendertag pro Beschäftigten. Besonders kleine und mittlere Betriebe geraten durch diese unplanbaren Kosten stark unter Druck.

Die Ziele sind:

#### **I. Solidarität schützen**

Durch intensivere und häufigere Schwerpunktkontrollen gegen Sozialbetrug und Sozialleistungsbetrug, insbesondere Krankenstandsmissbrauch, sollen ehrliche Betriebe und Beschäftigte besser geschützt werden. Eine ständige Plattform zwischen Finanzministerium, AMS, ÖGK und Wirtschaftskammer soll sicherstellen, dass Daten effizient vernetzt und Missbrauchsfälle frühzeitig erkannt werden. Damit werden Solidarität und Fairness im Sozialsystem gestärkt und Vertrauen wiederhergestellt.

#### **II. Moderne, unbürokratische und digitale Kontrollmechanismen**

Vernetzte, datenbasierte und digitale Verfahren ermöglichen eine frühzeitige Betrugserkennung und reduzieren gleichzeitig den Verwaltungsaufwand. Ein digitales Sozialleistungsregister mit Schnittstellen zu FinanzOnline, AMS und ÖGK soll automatisierte Plausibilitätsprüfungen und effizientere Abläufe gewährleisten.

### **III. Effiziente Rückforderungen**

Einheitliche, digitalisierte Verfahren für Rückforderungen – auch im internationalen Kontext – sollen sicherstellen, dass unrechtmäßig bezogene Leistungen rasch und konsequent zurückgeholt werden. Transparente Prozesse erhöhen die Akzeptanz in der Bevölkerung und tragen zur Stärkung des Vertrauens in die staatlichen Institutionen bei.

### **IV. Enddatum bei Krankschreibungen**

Um bundesweit zu harmonisieren, dass möglichst viele geschlossene Krankenstände verschrieben werden, sollen Ärzte verpflichtend bei der Krankschreibung ein konkretes Enddatum für die Genesung angeben. Dadurch wird die Personal- und Arbeitsplanung für Unternehmen erleichtert und Krankenstandsverschreibungen werden transparenter.

### **V. Eigenverantwortung stärken**

Durch gezielte Informations- und Aufklärungskampagnen sollen Bürgerinnen und Bürger für die faire Nutzung von Sozialleistungen und die damit verbundenen Ausgaben sensibilisiert werden. Ergänzend sollen Anreizsysteme für Betriebe mit niedrigen Fehlzeiten geschaffen werden, um präventives Gesundheitsmanagement zu fördern und Eigenverantwortung im Umgang mit Krankenständen zu stärken.

### **VI. Betriebliche Gesundheitsmaßnahmen und Prävention fördern**

Präventions- und Vorsorgeangebote sollen flächendeckend ausgebaut und von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aktiv genutzt werden. Ein gesunder Arbeitsplatz ist die beste Maßnahme gegen Krankenstandsmissbrauch. Unternehmen, die in betriebliche Gesundheitsförderung investieren, sollen gezielt unterstützt und öffentlich sichtbar gemacht werden.

### **VII. Kein neuer Urlaubsanspruch bei längeren Krankenständen**

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen künftig keine neuen Urlaubsansprüche während eines längeren Krankenstandes, der länger als 40 Tage dauert, aufbauen können. Damit soll verhindert werden, dass die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber mit zusätzlichen Ausfallzeiten rechnen muss.

### **VIII. Transparenz schaffen**

Regelmäßige und transparente Erfolgsberichte über aufgedeckte Fälle, Rückforderungen und Präventionsmaßnahmen sollen das Vertrauen in die Wirksamkeit des Systems stärken. Ein jährlicher „Fairnessbericht“ von BMF und ÖGK kann die Ergebnisse offenlegen und damit sowohl die Effizienz staatlicher Maßnahmen als auch die Verantwortung der Betroffenen sichtbar machen.

2. Krankenstände von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stellen in der Tourismusbranche – ebenso wie in anderen Wirtschaftszweigen – eine zunehmende finanzielle wie auch organisatorische Herausforderung dar.

Vor dem Hintergrund des massiven Kostendrucks ist ein Krankenstand für viele Betriebe existenzbedrohend. Aus Sicht der Unternehmen besteht daher dringender Handlungsbedarf.

### I. Gesetzliche Anpassung der Entgeltfortzahlung

Angesichts der stark gestiegenen Kosten (Inflation, Lebensmittel- und Energiepreise, hohe Personalkosten) ist eine spürbare Entlastung für Arbeitgeber dringend notwendig. Gefordert werden daher:

Zahlung des Krankengeldes durch den Sozialversicherungsträger ab dem vierten Tag des Krankenstandes – damit entfällt die Entgeltfortzahlungspflicht für den Arbeitgeber ab diesem Zeitpunkt. (Nur die ersten drei Tage müssen daher vom Unternehmer kostenmäßig übernommen werden.)

Vor diesem Hintergrund stellt der unterzeichnende Delegierte folgenden

### ANTRAG

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten möge beschließen:

Die Wirtschaftskammer Kärnten wird aufgefordert, sich im Wege der WKÖ bei den zuständigen Stellen, allem voran durch Verhandlungen mit Vertretern der Bundesregierung, insbesondere dem Bundesministerium für Finanzen, ein umfassendes Fairnesspaket zur Betrugsbekämpfung zu erarbeiten, welches im Besonderen folgende Maßnahmen berücksichtigt:

- Solidarität schützen
- Moderne, unbürokratische und digitale Kontrollmechanismen
- Effiziente Rückforderungen
- Enddatum bei Krankschreibungen
- Eigenverantwortung stärken
- Betriebliche Gesundheitsmaßnahmen und Prävention fördern
- Kein neuer Urlaubsanspruch bei längeren Krankenständen
- Transparenz schaffen
- Gesetzliche Anpassung der Entgeltfortzahlungen



Stefan Sternad  
WP-Delegierter